

„Die übliche rechte *OFA&m«# Verrat?“

Die Hinweise im Nationalen Dokument und auf dem 16. Plenum des ZK unserer Partei zur verräterischen Politik der rechten SPD-Führung lassen in Diskussionen verschiedene Fragen laut werden. Es interessieren u. a. Einzelheiten dieser Politik und ihre Auswirkungen. Der Kölner Parteitag war, was läßt sich dazu sagen? Wie ist überhaupt die Entwicklung der SPD seit dem Godesberger Parteitag einzuschätzen?

Was der 13. August bedeutete

Die gegenwärtige Politik und Praxis der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland muß unter dem Blickwinkel der Veränderungen in Westdeutschland betrachtet werden, die sich nach dem 13. August 1961 ergeben haben.

Die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls besiegelte das völlige Scheitern der Konzeption der Bonner Ultras, ihre Herrschaft nach dem Osten auszuweiten und die DDR zu annektieren. Der 13. August machte in Deutschland das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten des Sozialismus ein weiteres Mal deutlich.

Realere Einschätzung

Zwar heulten die Ultras wie getroffene Hunde auf und schrien nach dem „letzten Risiko“, aber der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung, einschließlich bestimmter Kreise der Großbourgeoisie, begann die Lage realer zu beurteilen und die Aussichtslosigkeit und Abenteurlichkeit der Politik von Adenauer und Strauß allmählich zu begreifen. Solche Stimmen aus kapitalistischen Kreisen — „Was wir aber anerkennen müssen, ist die Existenz zweier Teile Deutschlands, die heute selbständig nebeneinander bestehen“ —, wie sie erst kürzlich in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ laut wurden, sind nach dem 13. August nicht vereinzelt geblieben.

Am deutlichsten ist das „westdeutsche Unbehagen“ in der Arbeiterklasse, besonders in den Gewerkschaften, zu spüren.

Wachsende Proteste zeigen sich gegen die vorbereitete Notstandsgesetzgebung.

„Die 5. Bundesjugendkonferenz des DGB protestiert energisch gegen die Absicht der Bundesregierung, den sogenannten Notstand gesetzlich zu regeln ... Die Konferenz fordert die Parteien auf, gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitnehmer die demokratischen Rechte zu verteidigen und die von der Bundesregierung geplanten Entwürfe abzulehnen.“ So heißt es in der Entschließung dieser Konferenz.

In ähnlicher Weise mehrten sich in Vorbereitung auf den VI. DGB-Kongreß Beschlüsse aus den Orts- und Kreisausschüssen.

An diesen Erscheinungen innerhalb der westdeutschen Arbeiterklasse können heute selbst nicht mehr die Führer der Sozialdemokratischen Partei und des DGB-Vorstandes achtlos vorübergehen. In Bayern versuchen sie z. B. die Landtagswahlen unter der Losung „Mehr Gerechtigkeit“ durchzuführen. In dem dafür herausgegebenen Wahlprogramm, dem sogenannten Bayernprogramm, finden sich Formulierungen wie „hinter den Schaufenstern unseres Aufstiegs lebt ein tiefes Unbehagen“.

Die hier genannten Merkmale der beginnenden Labilität und Unsicherheit kennzeichnen heute die Lage in Westdeutschland.

Selbst die Brandt und Wehner bestätigen, daß die Situation in Westdeutschland gegenwärtig sehr günstig sei, wenn man eine Wendung herbeiführen wollte. Und Ollenhauer bezeichnete auf dem Kölner Parteitag die jetzige Adenauer-Regierung als die „schwächste und unsicherste“ seit Bestehen des westdeutschen Staates.

Brandt und Wehner schützend vor Bonn

Doch welche Konsequenzen zogen die SPD-Führer aus diesen Feststellungen? Statt den Interessen der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler, der Gewerkschafter und Falken zu entsprechen,